Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 18 (1992)
Heft: 9

Artikel: Europa : patriarchales Grossprojekt oder Chance für Frauen?
Autor: Jegher, Stella / Meier, Margrit / Rychner, Marianne
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-361397

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

EUROP

PATRIARCHALES GROSSPROJE

Im Dezember werden die Stimmenden in der Schweiz über einen Beitritt zum EWR entscheiden. Das Thema erzeugt seit geraumer Zeit unterschiedliche Emotionen, aber auch gähnende Langeweile: ExpertInnen widerlegen sich gegenseitig, und PolitikerInnen appellieren – pro und contra – an alle erdenklichen Interessengruppen: An die Landwirtschaft, an die ArbeitnehmerInnen, an die Gewerbetreibenden, an die Mieter Innen – und nicht zuletzt an die Frauen: "Schweizer Frauen für den EWR" heisst ein kürzlich ins Leben gerufenes Komitee, das sich für ein "Ja" einsetzt. Der EWR- und EG-kritische "Frauenrat für Aussenpolitik" hingegen engagiert sich für ein "Nein". Eine Frau zu sein, kann demnach nicht ausschlaggebend sein für die Haltung gegenüber "Europa". Die 'emanzipation' hat EG-Kritikerin Stella Jegher und EG- Befürworterin Margrit Meier an einen Tisch gesetzt, ein paar Fragen gestellt und das dabei entstandene Gespräch zwischen den Kontrahentinnen aufgezeichnet.

STELLA JEGHER

Geboren 1960. Diplomierte Übersetzerin. Arbeitet seit zehn Jahren in der Friedensarbeit mit Schwerpunkten Ost-West-Europa von unten, feministische Friedenspolitik und Aussenpolitik, internationale Frauenbewegungen.
Seit 1989 Mitarbeiterin der cfd Frauenstelle für Friedensarbeit. Mitbegründerin des Frauenrates für Aussenpolitik und Mitglied von dessen Arbeitsgruppe EG/Europa/EWR.
Redaktorin frauenblick schweiz-europa.

Stella Jegher, Margrit Meier, Ihr argumentiert beide bezüglich "Europa" mit frauenspezifischen, feministischen Anliegen. Was hat Europa mit den Frauen zu tun, oder: was haben die Frauen mit Europa zu tun?

Meier: Es gibt einen gemeinsamen Grund für Frauen, sich für das Projekt "Europa" zu interessieren. Frauen sind gegenwärtig im Begriff, sich neue Bilder zu schaffen, weg vom Bild der Frau als Anhängsel des Mannes – des Ehemannes, des Chefs usw. Auf diesem Weg zu neuen Bildern kann frau auch auf Europa treffen.

Was ist denn an "Europa" so positiv für Frauen?

Meier: Für mich ist schon mal der Name positiv. Namen sind nicht einfach Zufall. Das Projekt Europa stellt zudem Frauen heute vor die Aufgabe, Terrain zurückzugewinnen, das ihnen während Jahrhunderten weggenommen worden ist.

Jegher: Die Frage nach der Beschäftigung mit Europa gehört für mich ins Kapitel vom Ausstieg der Frauen aus der Opferrolle, aus dem Manipuliertwerden. Es geht darum, dass sich Frauen in Strukturfragen einmischen. Beim EWR haben wir es mit einem Wirtschaftsprojekt zu tun und wir wissen, dass wirtschaftliche Vorgänge grosse Auswirkungen auf Frauen haben. Deshalb müssen wir mitreden. Ausserdem haben Frauen schon früh Utopien für den Kontinent Europa entworfen, ursprünglich friedenspolitische Utopien. Ich finde es wichtig, diese Utopien wieder hervorzuholen und in die derzeitige Diskussion als Alternativen einzubringen.

Und wie steht's mit dem Namen? Findest Du auch, der sei kein Zufall?

A

KT ODER CHANCE FÜR FRAUEN?

Jegher: Im Gegensatz zu Margrit glaube ich nicht an die besondere Bedeutung von Namen. Ich finde es auch heikel, dass Du, Margrit, sagst "Europa ist eine Frau". Nach der griechischen Sage ist Europa eine vergewaltigte Frau. Das Bild ist für mich deshalb zwiespältig und gefährlich.

Meier: Damit übernimmst Du eine Aussage des Patriarchats. Es ist ein dem Matriarchat gestohlener, griechischer Mythos, der das sagt. "Europa" heisst ursprünglich "breitgesichtig", steht für "Mondgöttin", die den Sonnenstier zähmt, um dadurch das Männlich -Tierhafte zu veredeln.

Einmal abgesehen vom Mythos: Was bedeutet der EWR, die EG konkret für Frauen?

Meier: Die Kontroverse, die heute unter Frauen zu diesem Thema läuft, erinnert mich an die zentrale Frage der 68er-Bewegung: Damals hat man sich darüber gestritten, ob man in die Strukturen hinein gehen, also den sog. "Marsch durch die Institutionen" antreten oder in der "ausserparlamentarischen Opposition" verbleiben solle. Ich bin nun bezüglich Europa der Meinung, hier sei ein langer Marsch durch die Institutionen besser als ein Abseitsstehen, auch wenn vieles nicht ideal ist an Europa. Ich finde es sehr wichtig, dass eine supranationale Ebene in Europa existiert, welche die drängenden Probleme der Zeit lösen helfen kann, die im nationalen Rahmen nicht zu bewältigen sind.

Jegher: Erst wenn ich die Chance hätte, als Vertreterin der Schweiz in einer europäischen Institution zu sitzen, könnte ich mir die Frage stellen, wie sinnvoll es sei, den "Marsch durch die Institutionen" anzutreten. Aber als Frau, die auch in der Schweiz auf der oppositionellen Seite steht, stellt sich für mich

MARGRIT MEIER

1945 in Basel geboren. Abschluss als Volkswirtschafterin und Handelslehrerin. 1977 bis 1990 Diplomatin im Dienst der Eidgenossenschaft – als Mitglied des Integrationsbüros EDA/EVD schwerpunktmässig mit EG- und EFTA-Fragen befasst (Verhandlung und Abschluss mehrerer Forschungsabkommen Schweiz – EG). Seit dem 1. Mai 1990 ist Margrit Meier Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, zuständig für Wirtschaftsfragen (Geld- und Konjunkturpolitik) und für Frauenfragen.

diese Frage nicht. Ich werde sicher nicht in leitender Funktion in EG- Institutionen mitreden können.

Meier: Das Kräfteverhältnis ist aber im EG-Parlament für Feministinnen und Linke günstiger als in der Schweiz. Ich finde es illusorisch zu denken, wir könnten im kleinen Rahmen besseres bewirken.

Jegher: Für mich steht die folgende Frage im Vordergrund: Welche politischen Institutionen werden geschaffen? Mir geht es um eine Kritik an den EWR- und EG-Strukturen. Dass wir diese Kritik nicht direkt üben können, sondern sie jeweils nur über den Umweg der Frage nach einem EG-Beitritt der Schweiz anbringen können, gefällt mir eigentlich auch nicht. Ich hätte auch lieber früher die Möglichkeit gehabt mitzureden, wie "Europa" aussehen sollte. Momentan ist es halt leider so, dass wir in der Schweiz die Kritik nur auf diese Weise üben können. Das heisst überhaupt nicht, dass ich die Schweiz besser finde.

Meier: Aber die Schweiz hat den Europa-Zug verpasst. Deshalb hatten wir nichts dazu zu sagen, wie Europa aussehen soll.

Diese Metapher des verpassten Zuges tönt nach einer Entwicklung, die so oder so abläuft, nach vollendeten Tatsachen, denen wir uns wohl oder übel anpassen müssen...

Meier: Wenn die Schweiz einen konstruktiven Beitrag zur Gestaltung Europas hätte leisten wollen, hätte sie das unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg tun sollen. Nach diesem Krieg mit 55 Millionen Toten, nach dem 1. Weltkrieg eigentlich schon mit 10 Millionen Toten, war klar, dass es in Europa so nicht mehr weitergehen konnte, dass eine Ordnung geschaffen werden musste, die den Interessen der verschiedenen Staaten Rechnung trägt. Wir sind nun konfrontiert mit den Folgen davon, dass die Schweiz damals abseits stand. Nun können wir halt nicht plötzlich Europa neu erfinden, weil wir das 1945 verpasst haben.

Jegher: Da bin ich ganz einverstanden mit Dir. Nur hat damals das Europa-Projekt noch ganz anders ausgesehen. Es ging damals in erster Linie um den Friedensschluss zwischen europäischen Staaten. Heute wird jedoch der Krieg als Nord-Süd-Konflikt geführt. In diesem Bereich wäre ein Friedensschluss viel dringlicher. Gerade Frauenorganisationen im Süden definieren das, was heute geschieht, als Nord-Süd-Krieg. Ein Friedensprojekt Europa müsste in erster Linie diesem Aspekt Rechnung tragen. Das fehlt bei der heutigen EG.

Meier: Was den weltweiten Nord-Süd-Konflikt betrifft, gebe ich Dir recht. Der Konflikt ist aber schon alt, es handelt sich um eine Fortsetzung der europäischen Kolonialpolitik mit anderen Mitteln. Aber ein Beitritt oder kein Beitritt der Schweiz zur EG ändert nichts daran. Die Schweiz ist ein Land, das massiv von den Entwicklungsländern profitiert. Die Idee der EG würde aber überstrapaziert, wenn wir meinten, sie müsse auf alle Probleme, die uns beschäftigen, gleich eine Antwort bereit haben – eine Antwort, die wir hier in der Schweiz auch nicht haben. Der Blick der Schweiz in die EG ist auch ein Blick in die eigenen ungelösten Probleme.

Was ist denn für die Frauen im Süden besser, eine EG mit oder ohne Schweiz?

Jegher: Wenn sich die wirtschaftskräftigen Staaten des Nordens nicht zusammenschliessen, ist noch nichts besser für den Süden. Aber wenn sie sich zusammenschliessen mit dem erklärten Ziel, ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu stärken, muss dies zwangsläufig zu einer Senkung der Konkurrenzfähigkeit im Süden führen.

Meier: Das sehe ich nicht so. Wenn es den einen besser geht, geht es nicht automatisch den andern schlechter. Eine Steigerung der Wirtschaftstätigkeit kann allen Beteiligten nützen. Dass sich Europa, die USA, Japan und die neueren Industrieländer wie Singapur und Taiwan konkurrenzieren, ist richtig, aber ich glaube nicht, dass dies die Stellung der Hungernden in Afrika massgeblich tangiert.

Jegher: Aber es hat doch sehr wohl einen Einfluss darauf, ob und wie die Länder der Dritten Welt ihre Produkte auf dem Weltmarkt absetzen können.

Meier: Eine Chance, mit Industrieprodukten, mit den Industrieländern zu konkurrieren, haben sie sowieso nicht.

Geht es hier nicht immer noch darum, ob man sich den vollendeten Tatsachen – dem fahrenden Zug Richtung Wirtschaftswachstum – widerstandslos anpassen muss?

Meier: Wenn wir ein offenens Welthandelssystem bejahen, dann läuft es tatsächlich in diese Richtung. Die Alternative wäre eine Abschottung vom Welthandel. Aber da müssten wir bereit sein, die Konsequenzen zu tragen.

Jegher: Ist das, was wir haben, wirklich ein offenes Welthandelssystem? Dauernd lesen wir von Zusammenschlüssen

und Übernahmen von Unternehmen. Das läuft doch auf eine Monopolisierung hinaus. Da frage ich mich schon, wie offen und frei diese Marktwirtschaft ist.

Meier: Sicher hat die verschärfte weltwirtschaftliche Konkurrenz eine Konzentration der Produktionsstandorte zur Folge, aber vorwiegend innerhalb der Industrieländer.

Jegher: Ich möchte noch etwas sagen zum Verpassen des Europa-Zuges. Die EG wäre nicht der einzige Europa-Zug. Es gäbe noch den Europa-Zug KSZE, zum Beispiel, der mir aus friedenspolitischer Sicht immer viel sympathischer gewesen ist. Den hat die Schweiz längst verpasst. Im Moment besteht in Europa die Tendenz, aufzuspalten: Die EG übernimmt die wirtschaftliche Seite mit ein paar flankierenden politischen Massnahmen, der Europarat darf sich um die Menschenrechte kümmern. Und die WEU und die NATO übernehmen das Sicherheitspolitische. Insofern ist mit dem Niedergang der KSZE ein entscheidender Europa-Zug verpasst worden. Dort wäre eine Art Zusammenschau der verschiedenen Bereiche möglich gewesen. Die EG kümmert sich nur am Rand um das Thema Menschenrechte.

Meier: Was wäre denn die Alternative? Sämtliche Institutionen in Europa zusammenzulegen? Mir gefällt der Gedanke, dass im wichtigen Bereich Menschenrechte der Europarat vergleichbar ist mit der EG, weil es einen Gerichtshof gibt, der verbindlich urteilt. Diese Zweiteilung der Institutionen macht es auch möglich, dass der Europarat sich in den osteuropäischen Staaten der Menschenrechte annimmt, in Staaten, die noch weit entfernt sind von einem EG-Beitritt.

Jegher: Wichtig wäre es eben auch, das Eine am Andern zu messen. Weil dies nicht der Fall ist, fallen oft soziale Rechte unter den Tisch. Zwar kümmert sich der Europarat um die Menschenrechte in Osteuropa, aber das Recht auf Arbeit beispielsweise konnte nicht aufrechterhalten werden.

In EG-Ländern würden mehr Arbeitsplätze für Frauen geschaffen als in der Schweiz, hast Du, Margrit, kürzlich gesagt. Inwiefern müsste man da noch differenzieren und nach der Qualität der Arbeit und nach der Definition von Arbeit überhaupt fragen?

WEU *Westeuropäische Union Gründung am 23. 10. 1954 im Rahmen der "Pariser Verträge" als kollektiver Beistandspakt; in Kraft seit 6. 5. 1955.(...)*
Ziele: Förderung der Sicherheit der Partner durch automatischen Beistand gegen jede Aggression; europäische Integration durch Kooperation auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet. – Heute de facto sicherheitspolitisches Konsulta tionsforum.
(aus: Handbuch Internationale Organisationen, 1990)

Meier: In der Nachkriegszeit ist das Bedürfnis der Frauen gestiegen, ökonomisch autonom, also nicht von einer Familienstruktur, von einem Ehemann abhängig zu sein. Ökonomische Unabhängigkeit ist in dieser Gesellschaft bis heute nur erreichbar über die Integration in die Wirtschaft – also durch einen Arbeitsplatz, was auch immer für einen.

Ist es nicht wichtig welche Art von Arbeit eine Frau hat?

Meier: Unbedeutend ist es nicht, aber doch zentral, überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben. Ich hoffe, dass diese Entwicklung weitergeht, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ob man das gerne sieht oder nicht: das hat etwas mit Wirtschaft zu tun. Der Staat kann nicht eine unbegrenzte Zahl von Arbeitsplätzen schaffen.

Jegher: Die Forderung nach ökonomischer Unabhängigkeit ist jedoch nur ein Aspekt feministischer Postulate. Die andere Seite verlangt die Anerkennung der nicht produktiven Arbeit. Dort liegt sowieso ein wichtiger Scheidepunkt der ökonomischen und politischen Entwicklung: Ist es wirklich noch möglich, alle in eine produktive Arbeit einzubeziehen? Was geschieht mit der Reproduktionsarbeit, der Betreuungsarbeit, der sozialen Arbeit? Ich will damit selbstverständlich nicht sagen, dass Frauen in diesen Arbeitsbereichen bleiben sollen. Es muss nach Möglichkeiten gesucht werden, diese Tätigkeiten geschlechtsneutral zu gestalten.

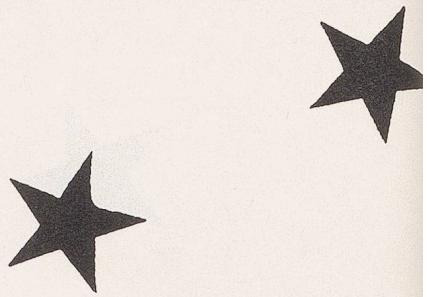
Meier: Bei der Forderung nach Anerkennung wird es sehr heikel. Eine moralische Anerkennung ist ja gut und schön, aber das läuft auf eine Art Muttertag hinaus. Eine Anerkennung, die für eine Frau Sinn machen soll, muss eine finanzielle sein.

Jegher: Ja, oder eine ökonomisch-rechnerische Anerkennung. Ein Vorteil der ehemals sozialistischen Länder war ja, dass zum Beispiel durch die Notwendigkeit von Betriebskindergärten und -krippen, diese Art von Arbeit überhaupt in Betriebsrechnungen und im Bruttosozialprodukt vorgekommen ist.

Meier: Die Frauen, die in den Kinderkrippen arbeiteten, haben dafür aber einen Lohn erhalten.

Zurück zur EG und zum EWR: Wie wirkt sich ein Beitritt der Schweiz auf die angesprochenen Fragen aus?

Meier: Die Forderung nach ökonomischer Unabhängigkeit bedingt ein Wirtschaftswachstum, das den Frauen Arbeitsplätze verschafft, und das ist mit EWR und EG besser realisierbar.



Jegher: Dieser Argumentation stelle ich zwei Kritikpunkte entgegen: Unbegrenztes Wirtschaftswachstum hat ökologisch und weltwirtschaftlich negative Folgen. Ausserdem ist der EWR ein Deregulierungsprojekt, das staatliche Investitionen abbauen und öffentliche Institutionen privatisieren will, was wiederum negative Auswirkungen auf die Anerkennung sozialer Arbeit haben wird. Immer weniger Betreuungsarbeit wird vom Staat getragen werden können.

Meier: Das ist eher eine Folge der allgemeinen Wirtschaftslage. Aber noch etwas zum Wirtschaftswachstum: Ich mache nicht einfach die Augen zu vor den manifesten ökologischen Problemen. Die Frage ist einfach die: Wie kommen wir aus diesem Prozess der Zerstörung der Erde wieder heraus? Die Antwort darauf ist für mich nicht ein Wirtschaftsstop, wenn so etwas überhaupt möglich wäre. Damit wären die Probleme nicht gelöst. Unser CO_2-Ausstoss beispielsweise ist in einem Ausmass zu hoch, dass es gar nicht um ein mehr oder weniger von 2% oder 5% jährlich geht, es müsste um eine Verminderung der Emissionen um etwa 80% gehen. Das bedeutet, dass man zu einer vollständig anderen Art des Wirtschaftens kommen muss.

Jegher: Eine solche Umstellung strebt aber der EWR nicht an.

Meier: Bis heute nicht, nein. Genauso wenig wie die Schweiz. Aber das sind Umstellungen, die derart gigantisch sein müssten, dass man sich auch nicht vorstellen kann, wie kleine Länder das im Alleingang machen sollten. Nach der Umwelt-Konferenz von Rio sieht man, wieviel es noch braucht, bis ein weltweiter Konsens erreicht ist, bis die Egoismen all jener Staaten überwunden sind, welche nach dem Motto handeln "Ich helfe nur mit, wenn die andern auch helfen". Teilweise zu Recht haben die Entwicklungsländer dort gesagt, man könne von ihnen nicht alle Umweltschutzmassnahmen erwarten, wenn die Industrieländer für die Zerstörung verantwortlich seien. Aber zumindest in Europa könnte ein vermehrter Zusammenschluss etwas bringen. Kurz: Ich verkenne nicht die negativen Seiten des Wirtschaftswachstums, sehe aber die Lösung nicht im Ausstieg der kleinen Länder, sondern im grundsätzlichen Umdenken in grösserem Rahmen.

Ist das nicht – sowohl in der EG als auch in den Nationalstaaten – eine Frage, ob die Mächtigen das überhaupt wollen?

Meier: Nicht nur. Was würde geschehen – rein hypothetisch – wenn die Schweiz beschliessen würde, ab Januar 1993 auf jede Umweltschädigung zu verzichten. Der wirtschaftliche Wohlstand würde zusammenbrechen, und in Deutschland und Frankreich würde munter weiter verschmutzt.

Jegher: Aber das verrückte ist ja, dass wir als Feministinnen, als politisch aktive Frauen unsere Kräfte darauf verwenden müssen, ja oder nein zu einem Wirtschaftsprojekt zu sagen, welches nichts von diesem notwendigen Kurswechsel verspricht. Besser würde man alle Kräfte auf die internationalen Veränderungen konzentrieren. Ich sage nicht, die Schweiz könne oder solle da alleine etwas machen. Für mich ist mein Nein zum EWR – und es ist wirklich ein prinzipielles Nein zum EWR und nicht bloss ein Nein zu einem Beitritt der Schweiz – die einzige Möglichkeit zu sagen: Ich verweigere meine Zustimmung zu etwas, das derart offensichtlich keine Aenderung des wirtschaftlichen und politischen Kurses anstrebt, sondern die fragwürdigen Seiten des Bestehenden noch intensivieren will.

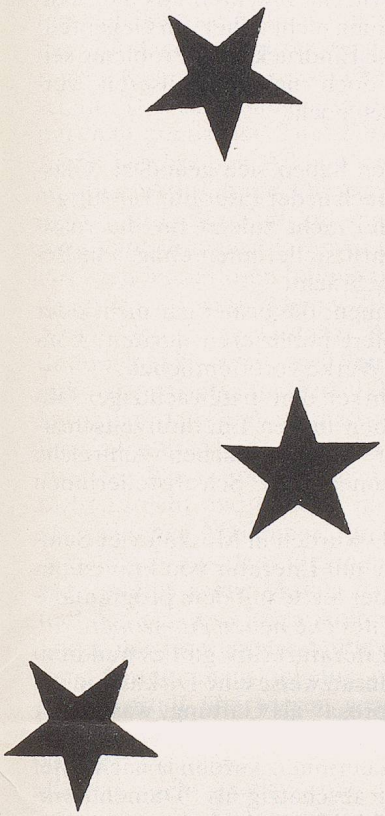
Ist es Dir nicht etwas ungeheuer, mit Deiner Position in unheilige Allianzen mit nationalistisch-rechten Kreisen hineinzuschlittern?

Jegher: Natürlich ist es mir deswegen auch oft nicht wohl. Ich überlege mir häufig, ob es nicht besser wäre, wenn wir sagen würden, wir seien für eine Stimmenthaltung, um dem Unwillen über die Richtung, die das Projekt EWR einschlägt, Ausdruck zu verleihen. Ich hoffe gleichwohl, dass man unsere feministische Position nicht verwechselt mit derjenigen des rechten Flügels der SVP, weil wir doch noch einiges sagen zu Frauenrechten, AusländerInnenrechten, zu Wirtschafts- und Nord-Süd-Fragen.

Meier: Dein "Nein" kann ich gut verstehen und interpretiere das Nein auch als Protest, im Sinne von "Ohne mich, wenn ihr so weitermacht". Ich sehe es einfach anders, weil ich hoffe, dass Europa – wenn es koordiniert vorgeht – ein Gewicht hat in der Welt, auch bezüglich ökologischer Anliegen. Aber dazu braucht es eine Struktur, wo die Anliegen der Bewegungen überhaupt eingebracht werden können. Im Moment ist es die EG, welche eine solche Struktur darstellt. Und da komme ich wieder zu-

---

KSZE *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die KSZE war von 1973 bis 1990 ein gesamteuropäisches intergouvernementales Gesprächsforum ohne institutionelle oder personelle Infrastruktur. Mit der "Charta von Paris für ein neues Europa" vom 21. 11. 1990 erhielt der KSZE-Prozess neue Strukturen und Institutionen und wurde damit eine internationale Organisation.*
Ursprüngliche Ziele: Stabilität und Sicherheit in ganz Europa; engere Zusammenarbeit auf den Gebieten Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur; neuerdings auch Lösung grenzüberschreitender Umweltschutzprobleme; Abrüstungsforum.
(aus: Handbuch Internationale Organisationen, 1990)



rück auf den langen Marsch durch die Institutionen: die EG muss sich ändern.

Jegher: Wieso ginge das nicht auch mit der KSZE?

Meier: Weil die KSZE ein lockeres Gebilde ist, ohne gemeinsame Finanzen, ohne gemeinsame Behörden, wie die EG dies im Sinne eines gemeinsamen Hauses eben hat.

Jegher: In einem gemeinsamen Haus müssten dann aber zum Beispiel auch MigrantInnen Platz haben. Darüber haben wir jetzt noch gar nicht geredet. Können wir es vertreten, auf Europa bezogen von "Internationaler Frauensolidarität" zu reden – mal abgesehen davon, dass ich auch nicht sagen kann, wie sie genau auszusehen hätte –, wenn wir wissen, dass Solidarität eigentlich mit den am meisten Benachteiligten hergestellt werden müsste? Dies ist aber nicht der Fall, wenn zum Beispiel die SP-Frauen eine Tagung veranstalten mit dem Titel "Schweizerinnen als Europäerinnen". Ich finde das insofern schlimm, als dadurch ein wichtiger Teil der gesellschaftlichen Realität ausgeblendet wird, nämlich alle nicht europäischen Frauen, die in der Schweiz leben.

Meier: Da bin ich nicht einverstanden. MigrantInnen, die von ausserhalb des EWR-Raums kommen, haben damit nichts zu tun. Diese Frage betrifft einzig und allein das schweizerische Bürgerrecht. Der EWR hindert uns nicht daran, aussereuropäischen Frauen das Bürgerrecht zu geben, wenn wir das wollen.

Jegher: Die EG hat aber bereits ein System aufgebaut, das die Zuwanderung von Nicht-EWR-BürgerInnen verhindern will.

Meier: Es sind die Nationalstaaten, welche sagen, wer BürgerIn wird und wer nicht. Hier sind es die Verhältnisse in der Schweiz, die restriktiv sind, da ist nicht die EG schuld. Ein EWR-Beitritt würde übrigens ein Licht auf sehr viele Schattenseiten in der Schweiz werfen, z.B. auf die Frage, warum so wenig Leute in der Schweiz gewerkschaftlich organisiert sind.

Zum Abschluss: Wie könnt Ihr es verantworten eine so vielschichtige Frage – die Frage nach dem Beitritt der Schweiz zum EWR – mit einem einfachen Ja oder Nein an der Urne zu beantworten? Könnte man nicht sagen, die Frage sei zu einfach gestellt?

Meier: Letztlich ist es für mich eine Frage der Identifikation. Wenn man die EG mal ein bisschen kennt – ich habe in Brüssel gelebt und während ungefähr 10 Jahren Verhandlungen geführt mit der EG –, dann ist sie kein Monster, sondern etwas Lebendiges, ein unvollkommener, aber ernsthafter Versuch, Europa zu einen, und das steht für mich im Vordergrund. Für die Frauen sehe ich keine Alternative darin, sich ein besseres Europa zu denken, sondern das zu verbessern, was da ist.

Jegher: Ich fühle mich schon unbehaglich, wenn ich ja oder nein sagen muss, weil damit eine Art Glaubensbekenntnis verbunden ist. Politik ist für mich aber etwas anderes. Im Vordergrund steht die inhaltliche Auseinandersetzung. Ich finde es sehr wichtig, öffentlich zeigen zu können, dass Frauen – z.B. bezüglich des EG-Projekts – unterschiedlicher Meinung sein können, selbst wenn sie sich in anderen Fragen einig sind. Je mehr Auseinandersetzungen zum Beispiel zwischen Margrit und mir, zwischen Judith Stamm und Christine Goll etc. die öffentliche Diskussion prägen, anstatt diejenigen zwischen Blocher und Bodenmann, desto besser.

GESPRÄCHSLEITUNG:
MARIANNE RYCHNER